Abendausgabe

Nr. 63 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 31

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag
7. Februar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Der Kampf um das Notgesetz.

Kundgebung der freien Gewerkschaften für den Achtstundentag. — Für die gemeinsame Aktion der Spitzenverbände.

Köln, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag traten in Köln die Vertreter der freien Gewerkschaften der vier Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier zu einer großen

Kundgebung gegen die Ueberstundenarbeit und für den Achtstundentag

zusammen. Etwa 1500 Gewerkschaftsfunktionäre aus allen Orten der oberen Rheinprovinz nahmen an der Tagung teil. Der die Versammlung leitende Gen. Meyer-Düsseldorf betonte einleitend, daß die Arbeiterschaft die Bildung der Bürgerblockregierung als eine Kampfansage auffassen müsse. Die Arbeiterschaft sei aber willens, den ihr aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

Dann nahm der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Brandes, das Wort, um in längeren Ausführungen nachzuweisen, wie die Lage der deutschen Wirtschaft die Erfüllung der von den Arbeitern jetzt in der Ueberstundenfrage und in der Frage des Achtstundentages gestellten Forderungen rechtfertige.

Als zweiter Redner sprach der Zentralvorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, Brey-Hannover, der die Ausführungen von Brandes stark unterstrich und besonders darauf hinwies, daß eine

Steigerung der Produktion in Deutschland auch ohne eine Verlängerung der Arbeitszeit möglich

gewesen wäre. Die deutsche Wirtschaft sei in den letzten Wochen in anhaltendem Aufstieg begriffen, so daß die Forderungen der Arbeiterschaft auch vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft durchaus realisierbar seien.

Am Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der betont wird, daß die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Gewerkschaften trotz aller politischen Gegensätze aufrechterhalten werden müsse.

Arbeiterprotest gegen Chinakrieg.

Massenkundgebungen in England.

London, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) **Zahlreiche englische Städte sahen zum Wochenende große Kundgebungen der Arbeiterpartei für den Frieden mit China. In einer am Sonntag gemeinsam von Gewerkschaften und Arbeiterpartei veranstalteten Riesenkundgebung in London forderte Macdonald unter begeisterter Zustimmung der Versammlung die Anerkennung von Chinas Anspruch auf Unabhängigkeit und die Zurückziehung aller Schiffe und Truppen aus dem chinesischen Hoheitsgebiet.**

Eine britisch-liberale Anregung: Deutschland soll vermitteln.

London, 7. Februar. (WTB.) In der „Daily News" schreibt Wilson Harris in einem Artikel über „Der Völkerbund und China": Der Völkerbund ist geschaffen worden, um die Welt vor Krieg zu bewahren. Seine Satzung enthält mindestens zwei Artikel, vielleicht sogar mehr, die erlauben, die chinesische Frage ins Genf aufzuwerfen. Es würde einen schweren Schlag für das Prestige des Völkerbunds bedeuten, wenn beide Länder, die Mitglieder des Völkerbunds und des Rats sind, etwas unternehmen würden, was auch nur von ungefähr einem Krieg ähneln würde, ohne vorher die Organisation des Völkerbunds in Anspruch zu nehmen. Wilson Harris ist der Ansicht, daß die Argumente zugunsten eines Appells an den Völkerbund äußerst stark sind. Für das beste hält Wilson Harris die **Vermittlung einer „neutralen" Macht und erklärt, Deutschland, das unter dem Versailler Vertrag alle exterritorialen und anderen Vorrechte aufgegeben habe, stehe besonders gut mit allen Parteien in China. Der Gedanke einer deutschen Aktion im Interesse des Völkerbunds eröffne interessante Möglichkeiten.**

„Daily Herald" warnt vor Bruch mit Moskau.

London, 7. Februar. (WTB.) Bezugnehmend auf die gestrige Mitteilung der „Sunday Times", daß „jetzt allgemein zugegeben wird, daß eine Mehrheit der Minister für einen Abbruch der Beziehungen mit Moskau ist", schreibt „Daily Herald": „Wenn es wahr ist, daß die Mehrheit der Minister zu diesem Schluß gekommen ist, so bedeutet dies, daß ein so gefährlicher Schritt getan werden soll, daß man einen Vergleich mit den Schritten ziehen muß, die zum Krieg mit Deutschland führten." „Daily Herald" ist jedoch der Ansicht, daß der Würfel noch nicht gefallen ist und weist darauf hin, daß Garvin sich zwar dem Rufe „werft die Bolschewisten hinaus!" angeschlossen hat, jedoch dafür ist, daß dies jetzt noch nicht geschieht. Das Blatt erklärt: „Es ist eine Politik kalter Feindschaft, diplomatischer Intrigen, kurz der Vorbereitung . . . wofür?"

Revolutionskämpfe in Portugal.

Beschießung der Hafenstadt Porto.

Paris, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) **Die Morgenblätter melden, daß schwere Kämpfe in Porto zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen toben. Das Kriegsministerium hat die Zivilbevölkerung von Porto aufgefordert, die Stadt zu verlassen, da eine allgemeine Beschießung durch die Kriegsschiffe bevorstehe. Beide Parteien sollen Tote und Verwundete haben. Die Aufständischen halten sich in der Hauptsache auf dem nördlichen Duero-Ufer, während die Regierungstruppen das Südufer besetzt halten. Die Verbindungen zwischen dem Norden und Süden Portugals sind unterbrochen. Es ist deshalb schwer, den Umfang der revolutionären Bewegung anzugeben, deren Führer General Diaz ist. Die ganze Bewegung verfolgt den Zweck, die Diktatur des Generals Carmona zu stürzen.**

*

Die Regierung beherrscht den Draht und Funk ins Ausland, sie hat am Freitag triumphierend melden lassen, die Aufständischen hätten sich ergeben, General Diaz war ausdrücklich mit darunter gerechnet. Seitdem scheint der amtliche Apparat allerdings verstimmt zu sein.

Der Eupen-Malmedy-Brief.

Erste Folge der Bürgerblockbildung.

Brüssel, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der zu dem belgischen Außenministerium gute Beziehungen unterhaltende Brüsseler Korrespondent des „Soz. Pressedienstes" kommentiert den Brief des Ministers an den Gouverneur von Lüttich mit der Ablehnung einer Volksabstimmung über die Staatsangehörigkeit dahin, daß er als „erste Frucht des Mißtrauens betrachtet werden muß, das durch die Bildung der Rechtsregierung in Deutschland auch in Belgien hervorgerufen worden" sei. Er fügt hinzu, daß seit der politischen Rechtsentwicklung im Reich in auffallender Weise eine aus deutschem Gebiet geleitete Propaganda auf Rückkehr von Eupen und Malmedy an Deutschland eingesetzt habe. Im übrigen stellt er fest, daß die belgische Sozialdemokratie nach wie vor für uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung von Eupen und Malmedy eintritt und sie von sich aus im gegebenen Augenblick diese Frage wieder anschneiden wird.

Die Rechtsangleichung.

Neue Verträge mit Deutschösterreich.

In Wien wurden ein Vormundschaftsabkommen und ein Nachlaßabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Deutschösterreich unterzeichnet. Diese Verträge bedeuten einen weiteren Schritt auf dem Wege der gegenseitigen Rechtsangleichung. Die Vormundschaft über einen im anderen Staate lebenden Minderjährigen kommt nach den geltenden Vorschriften des entsprechenden internationalen Haager Abkommens den Behörden des Heimatstaates zu. Künftig sollen die beiderseitigen Staatsangehörigen hinsichtlich der vormundschaftsbehördlichen Fürsorge wie Inländer behandelt werden. Das neue Abkommen ermöglicht eine wesentlich schnellere Bestellung des gesetzlichen Vertreters und erleichtert die persönliche Fühlungnahme des Vormundschaftsrichters mit dem Mündel und seinen Angehörigen. Gemäß dem Nachlaßabkommen ist der gesamte Nachlaß grundsätzlich von den Behörden des Heimatstaates des Erblassers nach dessen Recht zu regeln. Dies soll auch dann gelten, wenn zum Nachlaß Liegenschaften im anderen Staate gehören. Hierdurch wird die einheitliche Behandlung des Nachlasses gesichert und es werden Schwierigkeiten vermieden, die bisher aus der Verschiedenheit der inneren Gesetzgebung beider Staaten erwachsen sind.

*

Mit großem Bedauern vernehmen wir, daß der Landeshauptmann von Oberösterreich, Prälat Hauser, fast hoffnungslos krank ist. Er ist ein aufrichtiger Republikaner und Anschlußfreund, womit er zwar gegen Seipel, aber in der Christlichsozialen Partei längst nicht allein steht.

Schwierige Regierungsbildung in Thüringen

Die Stellung der Thüringer Sozialdemokratie.

Weimar, 6. Februar. (Eigener Bericht.) In den letzten Tagen hat zwischen maßgebenden Abgeordneten des Thüringischen Landtags bereits eine Fühlungnahme über die Möglichkeit einer Mehrheitsbildung zur Schaffung der neuen Regierung stattgefunden. Die um den früheren Ordnungsblock gruppierten Parteien mit 27 Abgeordneten haben sich dabei sogar um den Vertreter der Aufwertungsgruppe, den ehemaligen Staatsminister Tell, bemüht, den sie während des Wahlkampfes in persönlich gehässiger Weise angegriffen hatten. Außer ihm plant man die Demokraten für eine rein bürgerliche Regierung zu interessieren.

Eine am Sonntag in Weimar tagende Sitzung des Beirates des Bezirksverbandes Thüringen der Sozialdemokratie nahm von dem augenblicklichen Stand der politischen Lage Kenntnis. Sie bat die an den bisherigen Besprechungen beteiligten Genossen, die Unterhandlungen fortzusetzen. Ueber die Gestaltung einer Regierung mit maßgebender sozialdemokratischer Beteiligung kann jedoch erst verhandelt werden, wenn die Annahme eines Programms, dessen Veröffentlichung demnächst erfolgen soll, sichergestellt ist.

Der Fall Keudell.

Sind die Anklagen gegen den Minister gerechtfertigt?

Von Otto Landsberg.

Das Zentrum hat der Reichsregierung und ihren einzelnen Mitgliedern am Sonnabend das Vertrauen votiert, vorbehaltlich des Ergebnisses einer Untersuchung, der die Reichsregierung die sozialdemokratischen und kommunistischen Anklagen gegen Herrn v. Keudell unterziehen will. In diesem Vorbehalt ist zum Ausdruck gebracht, daß die Feststellung der Richtigkeit der Beschuldigungen es dem Zentrum unmöglich machen würde, das Verbleiben Keudells in der Regierung zu dulden. Das Verfahren, dessen Einleitung bevorsteht, ist kein förmliches Disziplinarverfahren, denn Herrn v. Keudell werden Handlungen vorgeworfen, die er lange vor seiner Ernennung zum Minister begangen haben soll. Lägen die Voraussetzungen eines Disziplinarverfahrens vor, so hätte Herr v. Keudell bei der vom Zentrum anerkannten Schwere der Anklage bis zur Entscheidung des Gerichts vom Amte suspendiert werden können. Der resolutiv bedingte Vertrauensausdruck dieser Partei ermöglicht es Herrn v. Keudell, sich als Minister in der deutschen Republik zu betätigen. Diese Wirkung des Beschlusses hätte das Zentrum davon abhalten müssen, ihn zu fassen.

Das vorliegende Material rechtfertigt schon jetzt die Feststellung, daß Herr v. Keudell das Unternehmen des Herrn Kapp, das im Gegensatz zu ihm schon damals viele Deutschnationale verurteilt haben, nach Kräften gefördert hat. Er ist dem Generalstreik, der proklamiert war, um das hochverräterische Unternehmen Kapps zum Scheitern zu bringen, entgegengetreten. Zwei Vertrauensmänner des Landarbeiterverbandes sind zu beschwören bereit, der eine, daß ihm ein Amtsvorsteher in Gegenwart des Herrn v. Keudell, der andere, daß ihm bei einer anderen Gelegenheit Herr v. Keudell Schutzhaft für den Fall der Fortsetzung der Agitation für den Generalstreik angedroht hat. Im Auftrage des Herrn v. Keudell haben auch die ihm unterstellten Gendarmen überall ihre amtliche Autorität aufbieten müssen, um den Generalstreik zu unterdrücken. Im Kreise Königsberg wird sogar behauptet, v. Keudell habe diese Beamten, die der Republik eidlich Treue gelobt hatten, zur Treue gegenüber der Kapp-Regierung verpflichtet.

Der Landrat v. Keudell will dem Generalstreik im Interesse der Volksernährung entgegengetreten sein. Er bestreitet, gegen die Vertrauensmänner des Landarbeiterverbandes Drohungen ausgestoßen zu haben. Nehmen wir an, daß diese Anschuldigungen unrichtig sind, obwohl ihre Richtigkeit durch das erwiesene Verhalten v. Keudells sehr wahrscheinlich gemacht wird, und unterstellen wir auch, daß eine Vereidigung der Gendarmen auf die Regierung Kapp nicht stattgefunden hat. Auch wenn zu den unzweifelhaft feststehenden Tatsachen keine neue Belastung hinzukommt, muß Herr v. Keudell als gänzlich ungeeignet zum Minister der Republik bezeichnet werden, ganz besonders in demjenigen Ministerium, dem der Schutz der Reichsverfassung und die Ausarbeitung des Gesetzes gegen die staatsfeindlichen Verbände anvertraut ist.

Von Keudell gibt zu, die Verkündung von Verordnungen der Kapp-Regierung durch die ihm unterstellten Behörden veranlaßt zu haben. Er hat einen Beamten, der die Veröffentlichung eines, eine solche Verordnung enthaltenden Flugblattes unterlassen hatte, durch Anordnung disziplinärer Maßnahmen zur Ausführung der ihm erteilten Weisung bestimmt. Herr v. Keudell wollte sich des Inhalts der Verordnungen nicht mehr erinnern. Eine dieser Verordnungen droht schwere Gefängnisstrafe demjenigen an, der irgendwelche Anordnungen oder Kundgebungen „der ehemaligen Regierung Ebert-Bauer" drucke, öffentlich verkaufe, verteile oder sonst verbreite. Diese Tatsache allein ist so schwerwiegend, daß die preußische Regierung nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet war, den politischen Beamten zur Disposition zu stellen, der die ihm durch sein Amt verliehene Macht zur Unterstützung eines höchst gefährlichen Hochverrats mißbraucht hatte.

Herr v. Keudell will vor der Veröffentlichung der Kappschen Verordnungen bei dem Regierungspräsidenten in Frankfurt angefragt haben, ob er sie vornehmen dürfe, und er behauptet, die Ermächtigung hierzu erhalten zu haben. Der Regierungspräsident bestreitet, daß er sie erteilt hat. Aber nehmen wir an, daß ein kappistisch gesinnter Regierungsrat die Frage Keudells in dem von ihm gewünschten Sinne beantwortet hat, so kann nicht davon die Rede sein, daß die Verfehlung Keudells dadurch gemildert wird. Wie konnte er die Erlaubnis zur Bekanntmachung z. B. einer Verordnung erbitten, die die Bekanntgabe von Kundgebungen der gesetzlichen Regierung, der er eidlich Treue gelobt hatte, als eine schwer zu ahnende Straftat brandmarkte? Den hochverräterischen Charakter dieser Verordnung mußte er erkennen und hat er erkannt. Hat ihn irgendein Beamter des Frankfurter Regierungspräsidiums zu seinem Tun ermutigt, so folgt daraus nur, daß auch dieser sich der Teilnahme am Hochverrat schuldig gemacht hat.

Der Reichsminister v. Keudell hätte es leicht gehabt, sich gegen seine Angreifer zu verteidigen. Hätte er offen und ehrlich erklärt, daß er im Jahre 1920 mit Kapp sympathisierte, daß er dessen Unternehmen den Erfolg gewünscht habe und ihn zu seinem Teile habe sichern wollen, daß er aber unbeschadet seiner grundsätzlichen Anschauungen mit der Republik Frieden

geschlossen habe und gewillt sei, ihre Verfassung zu schützen, so hätten das Zentrum und die Deutsche Volkspartei ihm sicher gern Verzeihung gewährt. Er hat es vorgezogen, amtliche Handlungen, die im höchsten Maße pflichtwidrig gewesen sind, als unverfänglich hinzustellen und hat sich herausgenommen, sich über seine Entfernung vom Amte zu beschweren. In seinem ganzen Verhalten gelangt ein Mangel an Aufrichtigkeit zum Ausdruck, der es Parteien, die die Republik ernstlich verteidigen wollen, verbieten muß, ihn zu halten. Ist es zu glauben, daß Herr v. Keudell den Inhalt der von ihm publizierten Verordnung vom 15. März 1920 nicht mehr kennt? Kommt es alle Tage vor, daß ein Beamter es wagt, diejenigen mit Strafe zu bedrohen, die Kundgebungen ihrer Regierung zu verbreiten unternehmen? Auf den Vorwurf, daß er Kundgebungen der Regierung Ebert-Bauer zu veröffentlichen unterlassen habe, hat Herr v. Keudell erwidert, solche Kundgebungen seien nicht zu seiner Kenntnis gelangt; andernfalls würe er sie gleifalls veröffentlicht haben. Dabei hat er die Kleinigkeit übersehen, daß er sich dann nach der von ihm selbst bekanntgemachten Verordnung strafbar gemacht haben würde. Wem will Herr v. Keudell einreden, daß er aus Begeisterung für die Republik in das Gefängnis gegangen sein würde!

Mag Herr v. Keudell nach dem Verbot des Vereins „Olympia" Mitgliedern desselben die Fortsetzung ihrer strafbar gewordenen Vereinstätigkeit ermöglicht haben oder nicht, mag er sich um die Unterdrückung des Generalstreiks in der Zeit des Kapp-Putsches bemüht haben oder nicht, die Verbreitung der Verordnung der Kapp-Regierung vom 15. März 1920 allein und die Unwahrhaftigkeit seiner Verteidigung zwingen jede Partei, die sich zur Republik nicht bloß mit den Lippen bekennt, durch ein Mißtrauensvotum die Entscheidung des Preußischen Staatsministeriums zu bestätigen.

Dieser Mann ist nicht würdig, in der deutschen Republik ein Amt zu bekleiden, noch weniger das eines Ministers und am allerwenigsten das des Verfassungsministers.

Ran an die Futterkrippe!

Nationale Opposition Nebensache. — Wie Hugenberg den Bürgerblock auffaßt.

Hugenbergs „Vipro", deutschnationale Abteilung, die die deutschnationale Provinzpresse mit Matern versorgt, erteilt den Deutschnationalen Befehle für ihre künftige Regierungspolitik. Sie fordert Aktivität, aber nicht auf dem Gebiete der Außenpolitik.

Was Locarno und Erfüllungspolitik anbetrifft, so verzeichnet sie nach Erörterung der Angelegenheit der Ostfestungen die volle Kapitulation der Deutschnationalen:

„Die neuen deutschnationalen Minister sind an dem Abschluß dieser Verhandlungen noch nicht beteiligt gewesen. **Aber wer weiß, ob sie den Abschluß anders hätten gestalten können! Wir befinden uns seit dem Eintritt in den Völkerbund in einer außerordentlichen Zwangslage, der gegenüber bester Wille fast machtlos ist.**

So kann man es verstehen, wenn gerade im deutschnationalen Lager über die neue Regierungsbildung keine Siegesfreude herrscht."

Also Schluß mit der „nationalen Opposition"! Dafür um so mehr Aktivität in der Ausnutzung der Futterkrippe. Ran an Preußen! lautet Hugenbergs Parole:

„Jetzt aber muß mit verstärkter Energie eine Wandlung der Regierungsverhältnisse in Preußen betrieben werden. Die Linksregierung in Preußen wendet sonst alles, was die neue Reichsregierung zum Guten führt, wieder zum Bösen. Scheinbar fühlt die Linke in Preußen schon ihr letztes Stündlein herankommen und sucht noch vorher zu zerstören, was nur in ihren Kräften liegt. Die billigsten Vorwände müssen dazu herhalten. Dem Landrat von Anklam nimmt man sein Amt, weil er einen Versammlungssaal nicht verlassen hat, in dem irgendwo eine schwarz-weiß-rote Fahne gehangen hat. Zahllose andere Beamte auf der schwarzen Liste, und man wartet nur auf den Augenblick, wo die Spione ähnliche Kapitalverbrechen melden."

Sie wollen in Preußen ran, um die preußische Verwaltung wieder fest in die Hände der Konservativen zu bringen. Die Futterkrippe ist alles, die „nationale Opposition" nichts.

Volkspartei und Finanzausgleich.

Auch die Volkspartei gegen Besteuerung des Existenzminimums?

Im Zeichen des Bürgerblocks hielt am Sonnabend und Sonntag die Deutsche Volkspartei einen Reichsbeamtentag ab, in dem die Führer dieser Partei ihre Werbeparolen ausgaben. Der Parteivorsitzende, Dr. Scholz, erklärte, die Sozialdemokratie sei gegen die Grundrechte der Beamten, aber auch gewisse Kreise der Wirtschaft sähen die Beamten gewissermaßen als Drohnen im Bienenkorbe an. Beamte und Wirtschaft sollten sich deshalb einmal an einen Tisch setzen. Mit dieser Forderung bestätigte er die aus christlichen Gewerkschaftskreisen stammende Feststellung, daß die bürgerlichen Parteien das Unternehmertum und die Bureaukratie zusammenfassen wollten, um auf diese Weise die Ansprüche der Arbeiter besser bekämpfen zu können.

Interessant war die Stellungnahme des volksparteilichen Vertreters v. Eynern zu der Frage des Finanzausgleiches. Während nämlich bisher die Deutsche Volkspartei die Pläne der Industriekapitäne zur Wiedereinführung der Einkommensteuerzuschläge der Gemeinden und der Besteuerung des Existenzminimums in der Oeffentlichkeit begünstigt hatte, entdeckte Freiherr v. Eynern, daß auf der ungleichen Grundlage der Einkommensteuer, die nach dem Ertrag verteilt wird, schwer ein Zuschlagsrecht der Gemeinden aufgebaut werden könne. Dabei sei es sozial bedenklich, das Existenzminimum steuerlich heranzuziehen, wobei insbesondere große Teile der Beamtenschaft hart getroffen werden. Dieses Problem müsse von den Beamtenvertretern scharf beobachtet werden.

Wie man sieht, setzt sich die von der Sozialdemokratie seit langem vertretene Auffassung, daß das Zuschlagsrecht der Gemeinden nicht eingeführt werden dürfte, nun auch in rechtsstehenden Kreisen durch. Besonders erbaulich ist dabei, zu beobachten, wie die Deutsche Volkspartei sich den Interessen ihrer Industrieführer unterordnet, wenn sie sich die Gefolgschaft dieser ihrer Geldgeber nicht abspenstig machen will, aber für die Zwecke der Werbung unter den Beamten ganz plötzlich ihr soziales Herz zeigt. Das ist Grund genug für die Beamtenschaft, den Liebesbekundungen der Herren um Scholz mit schärfstem Mißtrauen zu begegnen.

Die Auflösung der Memellandtags.

Neuwahl unterm Kriegszustand?

Aus Litauen schreibt man uns: Die Begründung der Auflösung des Memelländischen Landtages, die man von den Kownoer Maßgebenden zu hören bekommt, behauptet, daß am Vorabend der Auflösung geheime Zusammenkünfte revolutionärer Art einer Gruppe memelländischer Landtagsabgeordneter festgestellt worden seien, womit die deutschen Abgeordneten gemeint sind. Der Gouverneur erhielt telegraphisch die dringende Anweisung, den Seim unverzüglich aufzulösen. Diese Geschichte hat sich aber als eine sehr harmlose, ja sogar komische Begebenheit entpuppt, so daß man es in Kowno vorgezogen hat, stillschweigend darüber hinweg zu gehen: Eine Sitzung des Landtages war auf Montag einberufen. Der memelländische Gouverneur hatte es jedoch für zweckmäßig erachtet, die Sitzung schon am Sonnabend abhalten zu lassen, um den von ihm zuletzt ernannten Präsidenten des Direktoriums, Schwellinus, ein Vertrauensvotum zu verschaffen. Die Abgeordneten betrachteten diesen Befehl als eine unwürdige Zumutung und kurz entschlossen begaben sie sich zum Bahnhof, um ihre Weekendreise anzutreten. Es läßt sich jetzt nicht mehr feststellen, ob diese Weekendsehnsucht auch den Zweck hatte, den Landtag beschlußunfähig zu machen. Tatsache ist, daß der neu ernannte Direktoriumspräsident sich vor einem zu drei Viertel leeren Hause sah, als er seine Regierungserklärung abgeben wollte. Es ist bekannt, wie groß das Memelland ist und über wieviel Eisenbahnlinien es verfügt. Dennoch hielt die litauische Regierung es für unglaublich, daß mehrere Landtagsabgeordnete sich im Zuge trafen, und sich natürlich auch unterhielten: für die Regierung war das eine verabredete geheime Ausfahrt einer Gruppe umstürzlerischer Abgeordneter. Die überall im Memelland verstreuten litauischen Spitzel haben ihren Vorgesetzten auf schnellstem Wege diese neueste Entdeckung gemeldet, dieselben verständigten in aller Eile die Zentralmacht in Kowno und . . . innerhalb zwei Stunden war der Landtag aufgelöst.

Die deutschen Abgeordneten des Memeler Landtages haben den Ministerpräsidenten Valdemaras ersucht, den Kriegszustand, der in Memel immer noch besteht, aufzuheben, da eine Wahlkampagne unter diesen Umständen gar nicht denkbar sei. Valdemaras soll zwar versprochen haben, es zu tun, bis jetzt ist es aber nicht geschehen und viel Zeit bleibt nicht übrig. Für eine Wahlkampagne reichen vier bis fünf Wochen nicht aus und wenn der Kriegszustand auch noch aufgehoben werden wird, so wird das nur eine Demonstration der litauischen Regierung sein, um sich vor der Außenwelt zu rechtfertigen, denn nutzen wird diese Großzügigkeit wahrscheinlich nicht mehr. In einem so kleinen Lande mit so großen Leidenschaften, wie es das Memelland nun einmal ist, bedarf es zumindest einiger Ueberlegung, bevor sich der Bürger über die Anwendung seines Wahlrechts im klaren ist. Jetzt aber wütet die litauische Militärzensur ganz toll in der deutschen Memelpresse.

Die 60 000 Wähler Memels haben am 4. März 29 Abgeordnete zu wählen. 15 Abgeordnete könnten eine Mehrheit bilden, die ein ihren Wünschen entsprechendes Direktorium regierungsfähig machen könnte. Würden z. B. die Litauer in dem bisherigen Landtage nur annähernd soviel Abgeordnete gehabt haben, dann würde man bei den derzeitigen Sitten, die nun einmal in der Politik herrschen, es verstehen, daß die Litauer vor keinem Mittel zurückschrecken, um sich eine solche Mehrheit zu verschaffen, da aber die rassereinen Litauer bis jetzt nur sage und schreibe zwei Abgeordnete gehabt haben, ist es zumindest lächerlich, wenn man soviel Mühe verschwendet, und den guten Ruf und die Sympathien der Außenstehenden aufs Spiel setzt, um im besten Falle noch einen oder zwei Sitze zu erhalten.

Das litauische Volk dürfte weniger als irgend ein anderes eine fremdstämmige und schwer geprüfte Volksgemeinschaft einer so harten Probe auszusetzen, da es ja selbst als Märtyrer auftritt und die Rolle eines Inquisitors ihm desto weniger paßt, die ganz gewiß Litauen keine Sympathien in Wilna wirbt, das Litauen so oft zurückfordert.

Frankenfälscherschutz.

Durch die Horthyjustiz.

Ein besonderer Senat des Budapester Strafgerichtshofes beschäftigt sich seit einiger Zeit nur mit Preßprozessen, die mit der Frankenfälscherangelegenheit in Zusammenhang stehen. Die Angeklagten sind durchweg Redakteure der — wenn man das so nennen kann — linksstehenden oder neutralen Presse, die irgendeine Nachricht über die Fälscher, über ihre Freunde oder Verbindungen gebracht haben. Den Reigen der Kläger führt der wackere Feldbischof Zadravecz, der allein mehr als hundert Prozesse angestrengt hat. In allen diesen Prozessen verlangt er auch Schadenersatz wegen moralischer Schädigung. Bis jetzt wurden drei solche Verleumdungsprozesse zu Ende geführt. In dem ersten wurde der gewesene Chefredakteur des seither eingestellten „Vilag", Geza Fekete, zu 14 Tagen Gefängnis und 1000 Pengö Geldstrafe verurteilt. Ein Redakteur des Konzerns der „Az-Est"-Blätter, Levai, wurde in zwei Fällen zu je 800 Pengö Geldstrafe verurteilt. Da insgesamt etwa dreihundert Preßprozesse angestrengt sind — Kläger sind in allen diesen Fällen die Fälscher oder ihre Sippschaft —, wird die ungarische Justiz einige Wochen mit diesen Prozessen beschäftigt sein und der ungarische Staat wird durch die verhältnismäßig hohen Geldstrafen zu einer ansehnlichen Einnahme gelangen. Die französische Nationalbank begnügte sich mit der symbolischen Entschädigung von einem Goldfranken.

Volksbühne.

Strindbergs „Traumspiel".

Kaum hatte Strindberg 1901 Harriet Bosse geheiratet, als er schon wieder an die Befreiung aus dieser dritten Ehe dachte, die formal erst drei Jahre später geschieden wurde. Aber in dem genialen und tragisch besessenen Narren brauerte nicht mehr die Lust, jede Gesellschaft und Erheiterung von sich wegzustoßen. Er bereute wie ein unter dem Altern seufzender Mann, daß er eine allzu große Einsamkeit selber verschuldet habe. Um diese Zeit begeht Otto Weiniger, der Philosoph der Weiberverachtung, Selbstmord. Auch Strindberg spielt eine Weile mit der Idee des Selbstmordes. Wenn er sich trotzdem wieder zum Leben ermuntert, so wird ihm dieser neue Lebensmut möglich, weil er sich in die schöpferische Einsamkeit Beethovens schmachtend hineingrübelt. Er dichtet das „Traumspiel", dessen moralische Lösung die falsch ausgelegte Brahmanenlehre ist, daß nur Resignation und Verneinung der banalen Glücksmöglichkeiten den Menschen zur Seelenfreiheit bringen. Das „Traumspiel" endet, indem alle Menschen, die ein eigenes Seelendasein durchkämpfen wollten, verzichten und die symbolischen Gegenstände von sich werfen, an denen sie hingen.

Dieses „Traumspiel" hat über die Bühne zu gesperstern. Der Regisseur, der dem Geständnis nur naturalistisch nachhilft, tötet die Phantasie. Der Regisseur Fritz Holl und der Bühnenarchitekt Edward Suhr vereinigen sich jedoch, um für das „Traumspiel" eine überdeutliche, milieuhafte Behausung zu schaffen. Dann wird selbst Brahmas Reich zu nichts anderem als einer landläufigen Wannseelandschaft. Wir zittern nicht, wir zögern nur, in den Spuk einzutreten. Beginnt Indra seiner Tochter Segensworte auf die Reise mitzugeben, dann hören wir in der Volksbühne nur eine deklamierende Oberlehrerstimme, die der Göttertochter ein Schulpensum aufgibt, doch keine himmlische Aufgabe. Zerschnitten ist die Illusion, es bedroht Nüchternheit den Hörer und Zuschauer.

Die Himmelstochter hat sich zu hüten, das Experiment ihrer Erdenwanderung wie eine Heroine von der Heilsarmee zu unternehmen. Sie darf nicht sehr selbstbewußt zu den Menschen hinuntersteigen, träumerisch und empfänglich hat sie den Himmel zu verlassen. Frau Agnes Straub spielt von Anfang an alles das mit zu gewaltigen Tönen. Selten auch, daß Alexander Granach die gespenstige Symbolik des Traumspiels erreicht. In letzter Zeit ist er von dem lobenswerten Bemühen erfaßt, jede krampfhafte Komödiantenmanie loszuwerden. Nun aber, da er sich so bewußt dämpft, bleibt er seiner Traumgespensterrolle das Dämonische schuldig. Er hätte die Banalität des halben und falschen Menschenfreundes ins Karikaturistische zu steigern. Doch er zieht es vor, sich in der Sphäre des Bürgerlichen zu halten. Wenn Karl Ludwig Achaz, der die getragenen Töne liebt, den liebesbesessenen Offizier, den sehnsüchtig unersättlichen und närrischen Liebhaber des Stückes spielt, so muß er sich einen Stoß geben, um aus seiner lyrischen Natur in das Gespenstische hinüberzutorkeln. Auch ihm fehlen Taumel und überschwängliche Verlorenheit. Und von allen ist nur Herr Stöckel mit so viel Komödiantenmucken und grotesken Gaben ausgezeichnet, daß er echt und erschreckend unter den symbolischen Gespenstern des Trauerspiels herumgeistert.

Wir dürfen folgendes nicht vergessen: Je mehr dieses Drama der Anhäufung von Urglück traumhaft und nicht realistisch aufgeführt wird, desto bequemer überwinden wir es. Irgendwie hat ja immer nur das Gleichnis anstatt der Wirklichkeit hörbar zu werden. Strindberg selber wollte sich durch das „Traumspiel" inneren Frieden verschaffen, indem er alle Bilder des Weltenelends wie ein heulender Knabe übertrieb. Das Extrem, das er sich ausdachte, sollte ihm als Seelenmedizin helfen. Er wollte, haben wir ihn richtig begriffen, den allzu hitzigen Pessimismus abstoßen. Darum dürfen wir ihn und sein Werk nicht allzu ernst nehmen, sogar dann nicht, wenn es uns mit mächtigem Pathos ans Herz geschoben wird.

Max Hochdorf.

Chorkonzerte.

Der jüngste Sonntag war für die Männerchöre von tiefer, einschneidender Bedeutung. Zwei Vereine traten in ihren Konzerten außer dem Männerchor mit gemischtem Chor auf den Plan. Eine gewaltige Revolution, die freudig begrüßt werden darf. Das erste dieser Konzerte gab ein auswärtiger Gesangverein, der Rathenower „Vorwärts" im Saalbau Friedrichshain. Der Berliner Walter Paas hat hier eine vorbildliche Institution geschaffen. Denn mit den beiden Chören tritt noch ein Orchester in Aktion, das organisch mit ihnen verbunden ist und gleichermaßen aus Liebhabern besteht. In einem gewählten Programm, das nur Klassiknamen höchster Prägung aufwies, erwiesen sich die zwei Chöre des „Vorwärts" als absolut erstklassig, die mit einem Schlag sich die Gunst unseres einheimischen Publikums errangen. Eine ausgezeichnete Stimmkultur und Textbehandlung, vor allem aber die plastische große Linie und eine Ausdruckskraft höchsten Formats sind dem Männerchor nachzurühmen. Aber auch der gemischte Chor Walter Paas' und sein Gesangverein können auf ihre einjährige Arbeit und ihren hiesigen Erfolg stolz sein. Die Orchesterabteilung, die musikalisch ebenfalls sehr Tüchtiges leistet, hat natürlich noch ganz andere Schwierigkeiten zu überwinden. Während der Streicherchor durchweg gut ist, stehen die Bläser, vor allem das Holz, bis jetzt mit der idealen Tongebung noch etwas auf kriegerischem Fuße. Aber ihrem Fleiß und ihrer freudigen Begeisterung, die überall durchblickt, werden auch diese enormen Schwierigkeiten sich fügen. Jedenfalls blickten die festlich geschmückten schönen Statuen Wilhelm Liebknechts und Ferdinand Lassalles voller Anerkennung auf die „Provinzler", die uns Großstädtern manche Nuß zu knacken geben.

Max Schaarschmidt und sein Männerchor „Harmonie" gehen noch einen Schritt weiter. In den Spuren Rosebery d'Arguitos wandelnd, des Reformators der Kinderchöre, gliedert sich der Männerchor einem Jugendchor an. Das Problem ist voll geglückt. Wie fröhlich, energisch und sicher schmetterten die Kinder mit den Großen oder auch allein ihre ausländischen Volkslieder. Der Männerchor blieb nicht zurück. Die „Stimmen der Völker" mit ihrem versöhnenden Einklang hinterließen ein gutes Echo. Auch hier wird tüchtig gearbeitet.

Heinrich Maurer.

Die Wilhelm-Kuhnert-Ausstellung, die vor Ostern in den Räumen der Werkunstausstellung im Zoologischen Garten eröffnet wird, erfährt eine große Bereicherung durch etwa 100 Gemälde des Tier- und Afrikamalers, die soeben aus London eingetroffen sind.

Musik und Tanz. In der Tanzschule Ruth Allerbard sprach Friedrich Wilckens zu dem Thema „Musik und Tanz". Er stellte die Forderung nach einer musikalischen Ausbildung aller Tänzer und Tänzerinnen, die überhaupt zu Musik tanzen wollen. Musikalische Unbildung verführe, meint er, oft zu völligem Verkennen eines Musikwerks, so daß statt einer Einheit von Musik und Tanz ein Nebeneinander entsteht, in dem das eine auf Kosten des anderen das Uebergewicht hat. Oft kommt es dabei sogar zu einer völligen Mißdeutung des musikalischen Ausdrucks durch den Tänzer. Der Vortragende erläuterte dann, welche Elemente in der Musik wesentlich für den Tanz sind. Sowohl Rhythmik als auch Melodie oder Harmonie können durch den tänzerischen Ausdruck gegeben werden, nur muß eines davon in dem Musikwerk das Uebergewicht haben. Treten zwei oder gar alle drei Elemente gleichwertig auf, so ist die Musik für den Tanz weniger wirksam. Wilckens, der alle seine Ausführungen musikalisch erläuterte, charakterisierte dann noch in Einzelheiten für den Tanz geeignete Musik. Musik erst nach einem schon vorhandenen Tanz zu komponieren hält er für überflüssig. An einem Walzer von Schulhoff zeigte er, wie durch Umwertung der vorhandenen Musik sich bereits vorhandene Werke durchaus wirkungsvoll verwenden lassen. — Die Ansichten Wilckens' entsprechen der von den meisten Musikern geteilten, von den modernen Tänzern aber mit Recht abgelehnten Auffassung. Der moderne Kunsttanz ist und soll sein eine selbständige Kunst. Wenn er zu seiner Unterstützung eine musikalische Begleitung braucht, so wird diese am besten nachträglich zu den vom Tänzer geschaffenen Tänzen komponiert. Benutzt der Tänzer als Begleitung schon vorhandene Musikstücke, so steht es ihm frei, diese für seine künstlerischen Bedürfnisse mehr oder weniger umzugestalten. In der modernen Tanzkunst ist der Tanz der führende, die Musik der dienende Faktor.

„Vom klassischen ins Moderne" nannte Marcelle Baum einen Tanznachmittag, den sie im Theater am Kurfürstendamm gab. Dieser ein wenig nach Wissenschaft klingende Titel besagte aber nur, daß teils nach klassischer, teils nach moderner Musik getanzt wurde. Im Grunde bietet Marcelle Baum stets dasselbe, eine ausgezeichnete Technik, die sich aber vorläufig noch in verblüffenden Manegekunststücken auslebt, vielleicht, weil die Tänzerin noch sehr das Bewußtsein davor hat, wie schwer diese Technik erworben ist. Doch werden Darbietungen dieser Art langweilig, wenn man zwei Nachmittagsstunden damit füllt. In einem Zigeunertanz und in dem schon bekannten „Der blaue Vogel", der an die geschmacklose Einleitung gehängt erschien, bot sie Besseres. Piotr Stal, ihr Partner, zeigte in einem Solo „Champion", daß er mehr als nur Muskelkraft besitzt. In den meisten übrigen Darbietungen beschränkte er sich darauf, diese zu beweisen und die Zwischenzeit mit schönen Posen auszufüllen. Joh. Lasowski, der im Rahmen des Nachmittags einige Geigensoli spielte, zeigte sich als Virtuose von beachtenswerter Ausdruckskraft.

Tes.

„Die bunte Laterne." Auf dieser am 10., in den Gesamträumen des Zoologischen Gartens stattfindenden Künstlerredoute werden die originellsten und schönsten Kostüme prämiiert werden und die Laternenkönigin (Brigitte Helm) wird den Auserwählten einen Gutschein auf ein Porträt überreichen. Hierfür haben sich erste Berliner Maler zur Verfügung gestellt, unter ihnen: Orlik, Oppler, Pechstein, Spiro, Zaekel u. a.

Die Keudell-Untersuchung beginnt.

Marx fordert die Akten an.

Der Reichskanzler Dr. Marx beabsichtigt heute, von dem Preußischen Ministerium des Innern die Akten über den ehemaligen Landrat v. Keudell anzufordern. Das Ministerium wird ihm selbstverständlich ohne weiteres das Material zur Verfügung stellen und es wird dann auch Herrn Marx nichts anderes übrig bleiben, als die gegen seinen Kapp-Minister erhobenen Anschuldigungen als berechtigt zu bestätigen. Viel Zeit bedarf es dazu nicht; denn einmal sind die Akten nicht so umfangreich, daß man sagelang zu ihrer Durchsicht brauchte und andererseits liegen die Dinge verhältnismäßig klar.

*

Marx untersucht und Keudell schweigt. Mit ihm schweigt die deutschnationale Presse, die am Montag morgen erschienen ist. Fall Keudell? Davon dürfen die Leser nichts erfahren; denn es steht schlimm um Herrn von Keudell. Die „Germania" schreibt:

„Viel schlimmer steht es aber mit den Gerüchten um Herrn von Keudell. Er ist Innenminister, hat also über die Verfassung zu wachen, deren Schutz die Deutschnationalen soeben garantiert haben. Nun ist aber Herrn von Keudell vorgeworfen worden, daß er während des Kapp-Putsches eine mehr als zweifelhafte Haltung eingenommen habe. Man hat ihn angeklagt, als preußischer Beamter den Putsch des Herrn Kapp unterstützt zu haben. Das Material, das vorgestern im Reichstag vorgetragen wurde, ist in der Tat für Herrn von Keudell belastend. Konnte doch der Abgeordnete Landsberg eine Verfügung des ehemaligen Landrats von Keudell verlesen, laut welcher auf Befehl Kapps die Verbreitung aller Kundgebungen der rechtmäßigen Regierung verboten wurde. **Ist diese Verfügung echt, dann kann über die Rolle des jetzigen Innenministers im Kapp-Putsch wohl kein Zweifel mehr herrschen.** Reichskanzler Marx hat eine Untersuchung der Vorgänge jener Zeit zugesagt. **Erweist sich die Richtigkeit der von den Sozialdemokraten behaupteten Tatsachen, kann man sich schwer vorstellen, daß Herrn von Keudell weiter der Schutz der Verfassung anvertraut bleibt.** Das, was vorgestern vorgetragen wurde, genügte, um das Zentrum zu veranlassen, Herrn Keudell lediglich ein bedingtes Vertrauensvotum auszustellen. Es geschah in der Annahme, daß die Untersuchung die Unrichtigkeit der gegen ihn erhobenen Vorwürfe ergeben werde. **Trifft diese Annahme nicht zu, dann ergeben sich für Herrn Keudell naheliegende Konsequenzen."**

Die gegen Herrn von Keudell behaupteten Tatsachen sind unwiderleglich. Es ist deshalb begreiflich, weshalb die deutschnationale Presse die Hauptanklagepunkte gegen Keudell nicht mitteilt. Sie sucht sie totzuschweigen. Die „Deutsche Zeitung" geht soweit, daß sie von „gefälschten Beweisen" spricht. Das ist sogar vom deutschnationalen Standpunkt aus sehr töricht — es gibt zu, daß von Keudell unmöglich ist, wenn die gegen ihn behaupteten Tatsachen stimmen — und sie stimmen!

Aehnlich wie die „Deutsche Zeitung" versucht die „Pommersche Tagespost" die aktenkundigen und offenbaren Tatsachen zu bestreiten. Sie schreibt zu der Formel des Zentrums, „Vertrauen mit Vorbehalt":

„Für die Deutschnationale Volkspartei wie für den Minister war diese Klausel tragbar, da sie ja bereits in positiver Form die Anerkennung enthielt, daß das Zentrum die Anschuldigungen Landsbergs nicht für wahr halte."

Das ist erstens eine kecke Umdeutung; denn Herr Marx untersucht, und erst vom Ergebnis dieser Untersuchung wird die endgültige Entscheidung des Zentrums abhängig gemacht. Zweitens ist es dumm, denn die Anklagen sind wahr. Es ist sogar noch viel mehr wahr.

Die „Deutsche Tageszeitung" stellt sich auf den Standpunkt, daß die Richtigkeit der gegen Keudell behaupteten Tatsachen ihn als Reichsminister des Innern unmöglich machen würden. Nach dieser Auffassung könnte eines Tages Herr Lüttwitz oder der Oberst Luck von der Olympia Reichswehrminister werden. Hier tritt ein entscheidender Unterschied in der Beurteilung der gegen Keudell behaupteten Tatsachen zwischen Deutschnationalen und Zentrum hervor. Die „Deutsche Tageszeitung" bestreitet nicht die Richtigkeit der gegen Keudell behaupten Tatsachen. Sie will ihn trotz der Richtigkeit als Minister halten.

Der Reichskanzler wird dem Reichstag vom Ergebnis seiner Untersuchung und den Schlüssen, die er daraus zieht, Mitteilung machen müssen.

Jaköble und das Ehrengericht.

Kube aus der Völkischen Partei ausgeschlossen.

Der Radauantisemit Kube ist jetzt glücklich auch aus der Deutschvölkischen Freiheitspartei hinausgeschmissen worden. Kube, dem von den verschiedensten Seiten schwere ehrenrührige Vorwürfe gemacht wurden, lehnt es ab, vor einem völkischen Ehrengericht Rechenschaft abzulegen. Infolgedessen erfolgte nunmehr sein Ausschluß aus der Partei.

Wie dazu noch bekannt wird, handelt es sich bei Kube nicht um Vorwürfe politischer, also persönlicher Art. Kube weigerte sich, der dreimal erfolgten Ladung vor den Ehrengerichtshof Folge zu leisten, der eine Klärung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen herbeiführen sollte.

Kommunistenkrach in Frankreich. Die französischen kommunistischen Abgeordneten Baranton, Gautier und Barouz haben sich wegen Verstoßes gegen die Parteidisziplin vor der Kontrollkommission der Kommunistischen Partei zu verantworten. Sie dürften aufgefordert werden, ihre Abgeordnetenmandate niederzulegen.

Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, ist am Sonntag in Berlin eingetroffen und besprach hier mit Stresemann, vor dessen Urlaubsantritt, alle in der nächsten Zeit zwischen Deutschland und Frankreich zur Erörterung stehenden Probleme. Die gleichen Fragen sollen in den nächsten Tagen in einem Kabinettsrat behandelt werden

Oberst Macia, der Führer der verurteilten und ausgewiesenen katalonischen Freiheitskämpfer in Frankreich, ist in Brüssel eingetroffen. Der mussolinische Lockspitzel Garibaldi hat auf hoher See den Funkbefehl erhalten, daß er auch in Kuba nicht landen darf.

Blutiger Straßenkumult in Bagdad. Bei einer Kundgebung von Studenten gegen einen Professor, dessen Unterricht ihnen nicht genügend erschien, gab es einen sehr ernsten Zusammenstoß, bei dem acht Teilnehmer getötet und 30 verletzt wurden.

Ein litauisches Kriegsgericht in Ponjewicz hat drei Kommunisten zum Tode verurteilt, weil sie einen kommunistischen Putsch vorbereitet haben sollen. Staatspräsident Smetona hat die Todesurteile in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt.

Verhaftung der Sommerfelder Mörder.

In München und Kiel.

In verhältnismäßig kurzer Zeit ist es gelungen, die beiden Raubmörder von Sommerfeld zu verhaften. Wie bekannt, hatten die Ermittlungen ergeben, daß sich die Mörder, Kurt Sommer und Friedrich Librenz, zunächst nach Frankfurt a. d. O. gewandt hatten. Hier ging ihre Spur am Mittwoch vergangener Woche verloren. Am Freitag tauchten sie in Halle a. d. S. auf, wo Librenz seine Mutter besuchte. Er trennte sich von Sommer und fuhr mit noch unbekanntem Ziele ab. Sommer dagegen machte die Bekanntschaft eines stellungslosen Kaufmannes Heinz Riehm, mit dem er eine Bierreise unternahm. Riehm, der sich gern ein paar Groschen verdienen wollte, und gesehen hatte, daß sein Zechgenosse über reichlich Geld verfügte, trug ihm sein Gepäck an den um 1 Uhr 11 Minuten nach München abgehenden Schnellzug, den Sommer mit seinem Hunde bestieg. Erst später stellte Riehm fest, daß die Großmut des neuen Bekannten ihre guten Gründe gehabt hatte. In der Schankwirtschaft hatte er dem Ahnungslosen seine Invaliden-, seine Steuerkarte und mehrere Zeugnisse gestohlen. Riehm erstattete Anzeige. Man rechnete nun damit, daß der verfolgte Sommer die Papiere des unbescholtenen Riehm benutzen würde. Diese Annahme hat sich bestätigt. Ein Absuchen des Schnellzuges in München blieb erfolglos. Wie sich herausstellte, hatte Sommer den Zug schon auf einer Vorstation verlassen, und die Reise erst mit einem späteren Zuge fortgesetzt. Gestern gelang es Münchener Kriminalbeamten, die nach ihm fahndeten, ihn auf der Straße zu überraschen und festzunehmen. Er wies sich in der Tat mit Papieren auf den Namen Heinz Riehm aus und erbrachte gerade dadurch den Beweis, daß er der gesuchte Mörder Kurt Sommer war. In seinen Taschen fand man noch 600 M. bares Geld. Librenz hatte seiner Mutter in Halle und seiner Geliebten erzählt, daß er dringend nach Kiel fahren müsse. Die Kriminalpolizei dort wurde sofort benachrichtigt und mit einer Beschreibung des Flüchtigen versehen. Gestern abend traf Librenz in der Tat in Kiel ein. Er wurde nach der Beschreibung in einem Gasthof erkannt und festgenommen. Auch er hatte den in Guben gekauften Vulkanfibrekoffer noch bei sich. Eine größere Summe Geldes wurde auch bei ihm noch gefunden. Kriminalkommissar Johannes Müller ist mit einem Beamten nach Kiel gefahren, um den Verhafteten nach Berlin abzuholen.

Im einzelnen wird zur Verhaftung von Friedrich Librenz noch folgendes mitgeteilt: Sobald die Kieler Kriminalpolizei auf den Flüchtigen aufmerksam gemacht worden war, stellte sie fest, daß dessen Großmutter in Kiel wohnt. Sie erfuhr dann auch, daß aus der Wohnung dieser Frau ein junger Mann herausgekommen war und vermutete mit Recht in ihm den Verfolgten. Ein größeres Aufgebot von Beamten durchsuchte nun sofort die Hotels und Absteigequartiere. So fanden sie Librenz in einem kleineren Hotel, nahmen ihn fest und brachten ihn nach dem Polizeigebäude. Der Verhaftete gab im Gegensatz zu Sommer zu, der Gesuchte zu sein und leugnete auch den Raubmord nicht. Man fand bei ihm keine größere Summe mehr, sondern nur noch 20 Mark. Er hoffte, mit Hilfe seiner Großmutter auf ein Schiff zu kommen und so ins Ausland zu gelangen.

Der Tod des Sonderlings.

Seit Weihnachten vergangenen Jahres hat der 55 Jahre alte Maler Richard Bartel tot in seiner Wohnung gelegen. Im 4. Stock des zweiten Quergebäudes in der Pappelallee 77 bewohnte er ein Zimmer für sich allein. Bartel war Junggeselle und galt bei den anderen Hausbewohnern als Sonderling und Frauenfeind. Im Jahre 1920 bezog er das eine Zimmer der aus zwei Räumen bestehenden Behausung, das zweite wurde später an einen anderen Mieter vermietet. Dieser mußte Mitte Dezember ein Krankenhaus aufsuchen und sandte vorher durch eine Frau die Miete an den Verwalter. Seitdem war Bartel ganz allein. Da er seit Dezember keine Miete mehr gezahlt hatte, wollte sich der Verwalter ihn aufsuchen. Man fand den Sonderling völlig angekleidet tot in seinem Bett liegen. Da in der Stube große Unordnung herrschte, so vermutete man zuerst, daß der Maler einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei und benachrichtigte die Mordkommission. Kriminalrat Gennat, der mit der Reservemordkommission und dem Gerichtsarzt Geheimrat Fraenkel erschien, stellte bald fest, daß das Gerücht irrig gewesen war. Der Körper des Toten wies keinerlei Verletzung auf. Infolge der Kälte in dem so lange ungeheizten Raume war die Leiche stark mumifiziert. Nach dem Ergebnis der vorläufigen gerichtsärztlichen Besichtigung ist der Mann eines natürlichen Todes gestorben. Die Durchsuchung der ziemlich verwahrlosten Wohnung ergab auch, daß nichts geraubt worden war. Die Leiche wurde beschlagnahmt und zur Obduktion nach dem Schauhause gebracht.

Wegen eines Hundes . . .

Tödliche Körperverletzung — Zwei Jahre Gefängnis.

Am 18. Juni gegen 10 Uhr abends war der 22jährige Schuhmachergeselle U. nach einer recht lang ausgedehnten Bierreise auf dem Heimwege. Plötzlich wurde er von einem großen Schäferhund angefallen. Er wehrte ihn durch einen Stoß mit dem Fuße ab. Der Besitzer des Hundes, ein Taubstummer, der sich nicht verständlich machen kann, glaubte für seinen Hund eintreten zu müssen und bedrohte den Angefallenen mit der Hundepeitsche. Der Hund setzte seine Attacken fort, der Angegriffene nahm an, daß man den Hund auf ihn hetze. Er zog sein Taschenmesser und versetzte dem Hundebesitzer einen Stich. Der Verletzte starb auf der Stelle. Der Frau des Verletzten rief der junge Bursche noch zu: „Sei still, du Sau, sonst bekommst du auch noch einen." Dann lief er davon. Später wurde er ergriffen.

Vor den Richtern steht ein bescheidener 22jähriger junger Mensch, dem seine Arbeitgeber das beste Leumundszeugnis ausstellen. Er war stets ordentlich, nüchtern, ruhig und fleißig. Der Angeklagte erklärt aus eigenem Antrieb: „Es tut mir sehr leid, ich habe meine Tat bereut. Ich werde mein ganzes Leben nicht davon loskommen. Mir ist ein fremdes Leben ebenso wert wie mein eigenes." Er habe den Mann überhaupt nicht stechen wollen, sondern das Messer nur zum Schutz gegen den Hund gezogen. Also lag hier Ueberschreitung der Notwehr vor, oder war es eine vorsätzliche Körperverletzung, deren tödlicher Ausgang, wenn auch ungewollt, auf Konto des jungen Menschen zu setzen ist? Der 14jährige Zeuge dieses Vorfalls glaubte allerdings seinem kindlichen Verstande gemäß annehmen zu müssen, daß der Angegriffene sich in Notwehr befunden und das Messer gezogen habe, weil gegen ihn die Hundepeitsche erhoben wurde. Die erwachsenen Richter waren jedoch anderer Meinung. Sie gingen in ihrem Urteil selbst über das hinaus, was der Staatsanwalt beantragte. Schien diesem ein Jahr neun Monate Gefängnis eine ausreichende „Sühne", so glaubten die Richter auf nicht weniger als zwei Jahre Gefängnis erkennen zu müssen. Mag sein, daß dies Urteil durch das vorhergegangene ihrer Kollegen vom Schöffengericht beeinflußt worden ist. Die Sache stand nämlich bereits einmal zur Verhandlung. Das Schöffengericht hat damals den U. zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, obgleich auch in jener Gerichtssitzung der Staatsanwalt nur ein Jahr neun Monate Gefängnis beantragt hatte. Da aber für Körperverletzung mit tödlichem Ausgang das „Schwurgericht" zuständig ist, so hatte die Strafkammer das erste Urteil aufgehoben. Wer weiß, vielleicht wäre nun das „Schwurgericht" zu einer milderen Beurteilung des Falles gekommen, wenn das erste Urteil nicht so übermäßig hoch gewesen wäre. Die Trunkenheit war ein Zufall. Die Begegnung mit dem Schäferhund nicht minder. Der tödliche Ausgang war dies bestimmt. Der junge Geselle ist tatsächlich ein bescheidener, nüchterner und unbescholtener Mensch. Wäre da nicht wenigstens eine Bewährungsfrist nach neun Monaten Untersuchungshaft angebracht gewesen?

Zusammenstöße mit Stahlhelmern.

Die Kommunisten veranstalteten gestern vormittag eine Demonstration im Kleinen Tiergarten gegen den „Stahlhelm". Während diese Kundgebung in Ruhe verlief, kam es an der Gotzkowskibrücke beim Abmarsch zu einem Zusammenstoß mit einem „Stahlhelmzug", der nach einer Versammlung im Kriegervereinshaus mit Musik durch Berlins Straßen demonstrierte. Die Stahlhelmer, die den „Fridericus"- und andere Patriotenmärsche spielten und recht provokatorisch auftraten, wurden während ihres Umzuges von Hunderten erregten Arbeitern begleitet, die in Rufe gegen die schwarzweißroten Demonstranten ausbrachen. Als der Kommunistenzug mit den Stahlhelmern zusammenstieß, riegelte die Polizei die feindlichen Gruppen voneinander ab. Die Kommunisten versuchten jedoch unvernünftigerweise die Absperrungslinie zu durchbrechen, so daß die Polizei sich genötigt sah, von ihrem Gummiknüppel Gebrauch zu machen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, einige Demonstranten unerheblich verletzt. — Zu einem zweiten Zusammenstoß kam es in der Hardenbergstraße an der Hochschule für Musik mit dem Publikum. Auch hier nahm die Polizei einige Sistierungen vor.

Die „königliche Klinik." Ist's möglich, daß in Berlin im Jahre 1927 noch eine „Königliche Klinik" existiert?! In der Praxis ja sicherlich nicht, wohl aber noch immer in der Phantasie gewisser Leute. Da befindet sich im Hause Oranienburger Str. 33 eine mit dem Berliner Stadtwappen sozusagen offiziös gemachte Ankündigung des Berliner Rettungswesens, daß die nächste Hauptwache die „Königlich Klinik", Ziegelstraße 5-9, sei. Natürlich stammt das Schild noch von Anno dunnemals. Für zeitgemäße Korrektur dieser historisch gewordenen „Königlichen Klinik" scheinen die Spesen zu unerschwinglich. Man ist halt so sparsam.

Eindrücke vom jüdischen Leben im neuen Rußland. Am Dienstag, den 8. Februar, 8½ Uhr abends, findet im Logenhaus, Kleiststr. 10, ein Vortrag des Mitglieds der Zentralverwaltung „Ort" Dr. A. Singelowsky über „Die jüdische Kolonisation im heutigen Rußland" statt.

Wo bleiben die Instandsetzungsgelder?

Die Mieter haben vom 1. bis 10. Februar 1927 wiederum die Verpflichtung, sich um die Verwendung desjenigen Teiles der Miete zu kümmern, der für die Instandsetzungsarbeiten bestimmt ist. Es sind dies zurzeit 17 Proz. monatlich. Bei dem immer weiter fortschreitenden Verfall der Häuser liegt es im öffentlichen Interesse, wenn die Mieter diese ihnen nach § 6 des Reichsmietengesetzes zustehende Kontrolle gewissenhaft ausführen.

Dies geschieht, indem man schriftlich den Vermieter auffordert, Zeit und Ort zu bestimmen, wo man die Abrechnung und die Belege für das Halbjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1926 einsehen kann. Dieses Recht ist im Klagewege erzwingbar. Die Verweigerung der Nachweisung der Abrechnung und Belege kann dazu führen, daß das Wohnungsamt der Mietervertretung diese Gelder zur selbständigen Verwendung überweist. Das Recht steht in erster Reihe der Mietervertretung selbst zu, sonst aber auch jedem einzelnen Mieter. Die Wahl einer Mietervertretung ist nicht nur deshalb dringend geboten, sondern auch weil, insbesondere bei den zahlreichen Häusern, die im Besitz von Ausländern sind, die öffentliche Sicherheit durch den Verfall der Häuser stark gefährdet ist. Die Mieter selbst haben Schuld daran, wenn infolge ihrer Nachlässigkeit in der Wahrnehmung ihrer Rechte, täglich schwere Unfälle durch Herabstürzen von Stuck und dergleichen in Berlin geschehen. Außerdem dient die restlose Verwendung der Instandsetzungsgelder auch dazu, in der jetzigen Zeit Arbeit zu verschaffen. So kann jeder Mieter zu seinem bescheidenen Teil selbst sich nützlich machen. Besteht noch keine Mietervertretung, so braucht nur ein einzelner Mieter eine Sitzung anzusetzen und von dieser sämtliche Mieter im Hause zu benachrichtigen. Die Mietervertretung gilt als ordnungsmäßig gewählt, wenn sie die Mehrzahl der Stimmen der Mieter auf sich vereinigt. Hierbei sind die Untermieter stimmberechtigt, wenn der Hauptmieter nicht in der Wohnung wohnt. Ueber die Wahl ist ein Protokoll aufzunehmen und von den Wählern zu unterzeichnen. Die Wahl ist dem Vermieter mitzuteilen. Am besten wird mit dieser Mitteilung gleich die obige Aufforderung verbunden, über die Verwendung der Instandsetzungsgelder Rechnung vorzulegen.

Mieter! Nehmt euer Schicksal selbst in die Hand! Nutzt die Rechte, die ihr habt, im allgemeinen Interesse aus. Bei Schwierigkeiten wendet euch an euren Abteilungsmieterobmann oder an eines der Mitglieder des unterzeichneten Ausschusses (Ruben, Köthener Straße 17, Kurf. 8374, Lange, Elsasser Str. 86/88, Güldemeister, Griebenowstr. 14, Most, Carmen-Sylva-Str. 60, Meißner, Sedanstraße 67, Rojzak, Wartenburgstr. 7, Gründel, Fichtestr. 34.) Wir stehen euch bei Schwierigkeiten jederzeit zur Seite.

Der I. Mieterausschuß der SPD. J. A.: Ruben.

Drei Schwerverletzte bei einem Zusammenstoß.

Ein schwerer Straßenunfall, bei dem drei Personen zum Teil lebensgefährliche Verletzungen davontrugen, ereignete sich am Sonntag nachmittag auf der Berliner Chaussee zu Mahlsdorf. Ein Motorradfahrer stieß mit voller Kraft mit einem jugendlichen Radfahrer zusammen. In demselben Augenblick nahte ein Personenkraftwagen. Der Führer konnte seinen Wagen nicht mehr zum Halten bringen und überfuhr die Verunglückten. Der 34jährige Motorradfahrer Alfred Rocka aus der Scharnweberstraße 9 zu Lichtenberg erlitt einen Schädel- und Kiefernbruch. Außerdem hat er den Verlust eines Auges zu beklagen. Sein Begleiter, ein Kaufmann Max Riebereck aus der Gärtnerstraße 33 zu Lichtenberg, der auf dem Soziussitz saß, erlitt einen schweren Schädelbruch. Der 16jährige Radfahrer Heinrich Schmidt, der in der Prinz-Karl-Straße 9 in Lichtenberg wohnt, zog sich einen komplizierten Oberschenkelbruch zu. Die Feuerwehr wurde herbeigerufen, die Rocka in bewußtlosem Zustande in das Virchow-Krankenhaus und die beiden anderen Verunglückten in das Lichtenberger Hubertus-Krankenhaus schafften. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Die Stadtverordnetenversammlung hat ihre nächste Sitzung am Donnerstag um ¾5 Uhr. Das Arbeitspensum ist infolge Uebernahme unerledigter Reste aus früheren Sitzungen schon wieder sehr reichlich geworden. Unter anderem stehen auf der Tagesordnung jetzt 23 Anträge, davon nur 4 zur zweiten Beratung und 19 erst zur ersten Beratung. Der ersten Beratung harrt auch noch der von der sozialdemokratischen Fraktion eingereichte große Antrag über das Wohnungsbauprogramm.

Eine Schießerei, die den Tod eines Menschen zur Folge hatte, trug sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in der Dorferstraße zu Wilmersdorf zu. Ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft schoß den Chauffeur Georg Schulze aus der Bornstedter Straße 2 nieder. Sch. starb nach seiner Einlieferung im Krankenhaus Achenbachstraße. Der Wächter will Schulze für einen Einbrecher gehalten haben.

Der Kampf in Leipzig.

Die Arbeiterschaft verhandlungsbereit.

Leipzig, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Ortsverwaltung Leipzig des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird dem Spruch der Leipziger Schlichtungskammer nachkommen und an die Unternehmer mit dem Vorschlag auf Wiederaufnahme der Verhandlungen herantreten. Wie weit die Unternehmer selbst zu solchen direkten Verhandlungen bereit sind, steht noch nicht fest. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Unternehmer, wenn sie überhaupt verhandeln, die Verhandlungen zum Scheitern bringen werden, um dem Schlichter von Sachsen Gelegenheit zu geben, die Schlichtung des Streits an sich zu ziehen.

Die Unternehmer glauben, die begründete Hoffnung zu haben, daß der Schlichter, genau so wie bei den Textilarbeitern, gegen die um den Achtstundentag kämpfenden Metallarbeiter, gegen den gesetzlichen Achtstundentag, entscheiden wird. Die Unternehmer dürften deshalb ihre Taktik so einstellen, daß es nicht zu einem direkten Vergleich zwischen den Parteien, sondern zu einem Schiedsspruch des „unparteiischen“ Schlichters kommt.

Dazu ist zu bemerken, daß diese Taktik der Unternehmer und die voraussichtliche Stellungnahme des Schlichters von Sachsen gefährliche Konsequenzen haben kann. Tatsache ist, daß die Leipziger Metallarbeiter teilweise bereits im Kampf stehen, im Kampf um den Achtstundentag, dessen gesetzliche Festlegung gleichfalls eine, sagen wir einmal, legale Tatsache ist. Tatsache ist weiter, daß die Arbeiter durch die Verfassung das Koalitions- und Streikrecht gewährleistet haben.

Wenn aber, wie das wiederholt schon vorgekommen ist, auch jetzt wieder, wo die gesamte Arbeiterschaft, die Gewerkschaften aller Richtungen, im Kampf stehen, um die Arbeitslosen wieder in die Betriebe zu bringen, um die durch nichts gerechtfertigten Ueberstunden zu beseitigen, wenn in diesem Augenblick die Schlichtungsinstanzen eingreifen und im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Allgemeininteressen, im Gegensatz zum Interesse des Staates durch Schiedssprüche die Grundrechte der Arbeiterschaft aufheben, dann ist das ein Zustand, der unvermeidlich zur Explosion führen muß.

Kein Uebergang zum Faschismus.

Die Erklärung der Gewerkschaftsführer.

Von der italienischen Grenze wird uns geschrieben:

Wir sind nachgerade daran gewöhnt, daß der Faschismus schrittweise alles im Lande entweder zerstört oder an sich zieht, teils durch Gewalt, teils durch Regierungsdekrete. Die freie Gewerkschaftsbewegung in Italien hatte längst dieses Schicksal erfahren. Ihre Sitze waren verbrannt oder in den Besitz des Faschismus übergegangen. Die Zentralverbände sind aufgelöst oder haben, wie der der Buchdrucker, ihren Frieden mit dem herrschenden Regime geschlossen. Unter dem einen oder dem anderen Vorwande hat man das Vermögen der Organisationen eingezogen, auch wenn zu diesem Zwecke, wie für die Gewerkschaften von Molinella, ein eigenes Gesetz gemacht werden mußte. Schließlich hatte vor wenigen Wochen auch die Konföderation der Arbeit ihre Auflösung beschlossen, da die ihr gesetzlich gesicherte Existenz als Organisation ohne Rechtsfähigkeit ihr keine praktische Lebensmöglichkeit bot. Trotzdem war etwas geblieben: die Tradition der freien sozialistisch gerichteten Gewerkschaftsbewegung, ein ideeller Widerstand, ein Wahrzeichen, das die Gegner nicht hatten in den Schmutz ziehen können. Das Sinnbild dieser Tradition und dieses Widerstandes waren unsere Gewerkschaftsführer.

Nun haben auch diese durch eine Erklärung vom 16. Januar, die am 2. Februar der Oeffentlichkeit übergeben wurde, dem Faschismus Zugeständnisse gemacht, die von verschiedener Seite geradezu als Uebergabe ihrer ideellen Festung angesehen und beklagt oder gepriesen werden. In dieser Erklärung, die stark verkürzt und tendenziös entstellt von den Telegraphenbureaus übermittelt wurde, heißt es nach einer längeren teils schwachen, teils schiefen theoretischen Einleitung:

„Es ist eine Lebensnotwendigkeit, die Programme zu beschneiden und der gegenwärtigen Lage anzupassen. Wir betonen vor allen Dingen, daß die Produktion nicht Sache der bloßen Handarbeit ist, und daß somit eine Solidarität zwischen den verschiedenen Faktoren der sozial nützlichen Produktion besteht, ohne den Kampf für die Klasseninteressen zu beeinträchtigen. Dieser Satz läuft praktisch darauf hinaus, anzuerkennen, daß die Selbstverteidigung der Klasse, sowohl der Arbeiter wie der Unternehmer, ihre Grenzen haben muß. Es ist gut, all dies ausdrücklich zu sagen und das Problem der Arbeiterklasse auch als Problem nationaler Verantwortung aufzustellen.

Gerade bei der heutigen politischen Lage in Italien ist diese Klarstellung besonders nötig. Das faschistische Regime ist eine Wirklichkeit und der Wirklichkeit muß man Rechnung tragen. Diese Wirklichkeit entspringt auch einigen von uns aufgestellten Grundsätzen, die sich durchgesetzt haben. Die Gewerkschaftspolitik des Faschismus ist z. B. in mancher Hinsicht identisch mit der unseren. Wir haben das Nichteingreifen des liberalen Staates in das Wirtschaftsleben nicht gebilligt. Jetzt können wir allemöglichen Vorbehalte über die Methoden und Ziele des faschistischen Eingreifens machen, da aber eingegriffen wird, ist es unser Interesse, die Entwicklung aus der Nähe zu verfolgen.

Der Faschismus hat ein zweifellos kühnes Gesetz über die Disziplin der kollektiven Arbeitsverhältnisse erlassen. Wir sehen in ihm Grundsätze aufgenommen, die auch die unseren sind. Solange einerseits der liberale Staat dauerte und andererseits die Arbeiter in ihrer Verkennung des Staates verharrten, konnte ein derartiges Gesetz nicht vorgeschlagen werden. Die faschistische Revolution hat den gordischen Knoten durchschnitten, und wir müssen dies zur Kenntnis nehmen.

In allen Ländern, in denen man die Politik des Eingreifens angewandt hat, hat man etwas dem rechtsfähigen Syndikat und der Arbeitsgerichtsbarkeit ähnliches geschaffen (?!), vor allem in Rußland. Es besteht also keinerlei prinzipielle Ablehnung dieser Reformen (!).

Auch würden wir uns selbst widersprechen, wenn wir gegen den korporativen Staat und gegen die „Charta der Arbeit“ Stellung nähmen, die der Faschismus zu verwirklichen beabsichtigt. Wir brauchen uns nur auf unsere früheren Resolutionen und Gesetzentwürfe berufen, um festzustellen, daß es uns obliegt, durch unsere Aktion und unsere Kritik zum guten Erfolg dieser Versuche beizutragen.

Aber, in welcher Weise kann dies geschehen? Das Gesetz vom 3. April 1926 löste die Frage, indem es den Nichtfaschisten die Möglichkeit bot, auf Grund des Art. 12 eine tatsächlich (nicht rechtlich) bestehende Gewerkschaftsorganisation zu bilden. Die in der Folge eingetretenen Veränderungen in den allgemeinen Verhältnissen des Landes erlauben es nicht mehr, sich auf diesen Art. 12 zu stützen. Trotzdem weiß und fühlt jeder, daß es in Italien ein Patrimonium an Erfahrungen gibt, das im Interesse der Allgemeinheit verwertet werden könnte; daß es Männer gibt, die in langen Jahren gewerkschaftlichen Kampfes besondere Fähigkeiten zum Verständnis der sozialen Probleme und zu ihrer Erschließung für die Massen erworben haben. Die geistige und praktische Einstellung der Massen auf die hier dargelegten theoretischen und programmatischen Grundsätze kann nur durch einen Prozeß der Selbsterziehung erfolgen. Diesen Prozeß wollen wir fördern, indem wir unsere Energien in den Dienst der nationalen Gesamtheit stellen, durch Gründung einer Zentrale für Organisation und Bildungswesen.“

Gezeichnet: Anzimonti, Calda, Colombino, D'Aragona, Maglione, Reina, Rigola.

Es sind die besten Männer unserer Gewerkschaftsbewegung, die ihren Namen unter dieses Schriftstück gesetzt haben. Wir haben also die Pflicht, nicht leichten Sinnes über die Sache zu urteilen, die die schuftige Gesinnung der faschistischen Presse als einen neuen Sieg des Faschismus, als eine neue Demütigung seiner Gegner, als neuen Grund zur Beschimpfung und Bedrohung der noch in der Opposition Verharrenden benutzt.

Das Schriftstück ist das Ergebnis langer Verhandlungen. Der Faschismus braucht Männer mit klarem Kopf und sauberen Händen und von dieser Sorte hat er nur einen sehr spärlichen Vorrat. Eine Erhebung über zweideutige Finanzgebarung in den Syndikaten jagt die andere. Gegen Rossoni macht man anhängig, daß er ein Wüstlingsleben führt, in unangemessenem Luxus lebt und mit den Geldern der Syndikate an der Börse spielt. Solche Leute sind nicht gerade Felsen, auf die man eine Gemeinde gründen kann.

Was hat aber der Faschismus den Gewerkschaftlern geboten? Das werden wir abwarten müssen. Die grauenvollen Nachrichten, die uns aus Lampedusa kommen, wo Massarenti, der Führer der Tapfern von Molinella, jeder Form von Uebergriffen der Miliz preisgegeben sein soll, legen den Gedanken nahe, daß über die Kluft zwischen Generalkonföderation und Faschismus auch nicht das dünnste, schmalste Brett geworfen werden kann, ehe einer unserer verdientesten Männer wieder in seine Bürgerrechte eingesetzt ist. Leichen trennen die beiden Bewegungen; aber der der Qual überlieferte Lebende trennt noch unheilbarer, noch tiefer.

Die Führer, die das Schriftstück unterzeichnet haben, glauben dadurch, sich einen Wirkungskreis im Proletariat verschaffen zu können, die Möglichkeit, dieses den unlauteren Elementen zu entziehen, die im faschistischen Syndikalismus die Oberhand haben. Versteht das Proletariat den Gedankengang, fühlt es, daß seine Führer den schweren Schritt tun, um sich ihm zu nähern, so ist das Opfer unverloren. Wir fürchten aber, daß die Aufmachung der Sache als ein „Uebertritt der Konföderation zum Faschismus“ die Massen stutzig machen und abstoßen wird. Ein solcher Uebertritt liegt natürlich nicht vor. Immerhin gibt aber die sozialistische Gewerkschaftsbewegung ihre besten Männer für den faschistischen Syndikalismus, in der Hoffnung, ihm dadurch nicht nur redliche Führer, sondern als Gegengabe der Regierung auch eine gewisse Bewegungsfreiheit zu sichern. Wir glauben, daß auch diesmal das Proletariat der Geprellte sein wird, wünschen aber von ganzem Herzen, daß die Tatsachen unseren Pessimismus Lügen strafen mögen.

Die unbefriedigten Faschisten.

Rom, 7. Februar. (EP.) Zum Uebertritt der ehemaligen Gewerkschaftsführer nimmt die faschistische Partei nun offiziell im „Foglio d'Odrini“ Stellung. Sie warnt vor der Uebertreibung der Bedeutung des Uebertritts und betont, daß mit dieser vorläufigen nur schriftlichen Kundgebung die früheren Gewerkschaftsführer weder dem Regime noch der Partei und ihrem Syndikalismus der inneren Versöhnung einen besonderen Dienst geleistet hätten. Das faschistische Regime sei mit allen seinen Verzweigungen so mächtig, daß es wirklich dieser Anerkennung nicht bedürfe. Die innere Versöhnung sei aber seit langem eine vollzogene Tatsache innerhalb und außerhalb Italiens. Das müßten sich besonders die unbekehrten Faschisten merken.

Gewerkschaftsjubilare.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen veranstaltete gestern abend im Saalbau Friedrichshain eine Feier zu Ehren ihrer Jubilare. Von den 298 geladenen Jubilaren und Jubilarinnen, die 25 Jahre und länger, 18 davon schon seit der Gründung der Organisation angehören, waren fast alle erschienen. Der große Saal war entsprechend der Bedeutung des Tages festlich geschmückt. Im Hintergrund, der von den Büsten der alten Kämpfer Marx und Lassalle flankierten Bühne, leuchtete ein eindrucksvolles rotes Transparent in den Saal hinein, mit dem Mahnruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Von allen Seiten wehte rotes Tuch, das mit dem Grün der Lorbeerbäume und -gewinde einen angenehmen Kontrast bildete. Das Berliner Konzertorchester unter dem Dirigenten Hugo Olm, der Männerchor „Solidarität“ und der Rezitator Theo Maret gaben ihr bestes her zum Gelingen des mit künstlerischem Feingefühl zusammengestellten Programms.

Die Festrede zu Ehren der Jubilare hielt der Genosse Grohmann, dem der Verbandsvorsitzende Genosse Bucher mit einer an alle gerichteten Ansprache folgte. Nach der offiziellen Feier blieben die Teilnehmer noch einige Stunden zwanglos beisammen. Bemerkt sei nur noch, daß es eine grobe Taktlosigkeit des Unternehmens war, Bieruntersätze auszulegen, auf denen Propaganda gemacht wird für die deutsche Kolonialpolitik.

Berliner Gewerkschaftsschule.

„Grundlagen der internationalen Sozialpolitik.“ Lehrer: Dr. Salomon Schwarz. Der Beginn dieses Kurses ist von Donnerstag, den 27. Januar auf Freitag, den 18. Februar, abends 7 Uhr verlegt worden. Aus diesem Grunde ist es möglich, noch neue Anmeldungen zu berücksichtigen, die möglichst umgehend schriftlich oder mündlich in den Lehrberatungs-Sprechstunden (Montags und Freitags 4 bis 7 Uhr) Engelufer 24/25, eingereicht werden müssen. In diesem Kursus sollen folgende Grundprobleme der internationalen Sozialpolitik ausführlich zur Besprechung gestellt werden: Entwickelungsgeschichte der Idee der internationalen Sozialpolitik, die gewerkschaftlichen internationalen sozialpolitischen Programme (Leeds 1916, Bern 1917 und 1919). — Das internationale Arbeitsrecht im Friedensvertrag von Versailles. — Die internationale Arbeitskonferenz. — Die rechtliche und sozialpolitische Bedeutung ihrer Beschlüsse. — Die Organisation und die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes. — Die internationale Arbeitsorganisation und die Gewerkschaften. — Achtstundentag als ein internationales Problem. — Die internationalen Bestimmungen über Frauen- und Kinderarbeit. — Die Grenzen der internationalen Sozialpolitik.“ Der Lehrgang findet im Hörsaal der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelufer 24/25, 2. Hof, 1 Treppe rechts, statt.

Sport.

Internationaler Eishockeykampf.

Internationaler Eishockeywettkampf am Sonntagnachmittag im Berliner Sportpalast zwischen der Kanadischen Auswahlmannschaft und den „Internationalen“ des Berliner Schlittschuh-Clubs. Kaum braucht noch betont zu werden, daß die große Arena bis auf den letzten Platz, die obere Galerie geradezu beängstigend gefüllt war. Sehr schnell hat sich dieser ausgezeichnete Eissport eine große Anhängerschaft erworben. — Die Kanadier mit ihrer unüberbietbaren Läuferreihe, einer guten Verteidigung und einem den schwierigsten Situationen gewachsenen Torhüter, konnten auch gestern wieder einen überlegenen Sieg erringen. Der Mannschaft in ihrer jetzigen Zusammensetzung wird kaum ein Gegner ernstlich gefährlich werden. Bedauerlicherweise trat der B. S.-C. mit drei Ersatzleuten an. Die Ueberlegenheit der Gäste kam in der ersten Spielhälfte voll zum Ausdruck. Mit 5:0 Toren wurde zur Pause abgepfiffen. Im zweiten Teil des Spieles erhöhte Kanada seine Torzahl auf 7. Die Berliner, die besonders in der letzten Zeit mehr vom Spiel hatten, können die Scheibe dreimal ins gegnerische Tor schießen. Resultat 7:3 für Kanada. Im Schnellaufen mit Vorgabe über 15 Runden ging der deutsche Schnellaufmeister E. Menke vom B. E.-V. als erster durchs Ziel, zweiter wurde E. Grell vom B. S.-C. Sololäufe bekannter „Eiskünstler“ des B. S.-C., die viel applaudiert wurden, füllten das Nachmittagsprogramm.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Exkorn; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Städtische Oper Charlottenburg 8 Uhr: Rheingold Abonn.-Turnus IV

Gr. Schauspielhaus Tägl. 8¼ Uhr: Von Mund zu Mund CHARELL-REVUE Sonnt. nachm. 3 Uhr ungekürzte Vorstlg. zu ermäß. Preisen!

Deutsches Theater Norden 10334—37 8 Uhr: Neidhardt v. Gneisenau von Wolfgang Goetz Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele Norden 10334—37 8¼ Uhr: Germaine (Amoureuse) von Porto-Riche Regie: Forster Larrinaga

Die Komödie Bismarck 2414. 7516 8¼ Uhr: Die Perle von Tristan Bernard Regie: Forster Larrinaga

Theat. a. Nollendorfpl. Kurfürst 2091 8 Uhr: Max Adalbert in „Müller“

Trianon-Th. Täglich 8¼ Uhr: Der gr. Lacherfolg Dr. Stieglitz Stg. 4 Uhr: Kleine Pr. Dr. Stieglitz

Zentral-Theater Täglich 8 Uhr: Der Trompeter vom Rhein Vorverk. ununterbr. Preise von 1—7 M.

Walhalla-Theat. Tägl. 8¼ Es war einmal in Heidelberg mit d. Schlagerlied Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren Vorzeig. 50% Ermäß. Käte Schmidt-Samst Gasson Briese

Wassersucht! Aderverkalkung (alte chron. Fälle!) hilft überraschend mein Spezial-Kräuterpulver, Kart. 3 M. Apothek. W. Böhmer Hameln a. Weser 75

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr Traumspiel Morgen 8 Uhr Volpone
Th. im Schiffbauerdamm Täglich 8 Uhr: Das Grabmal des unbekannten Soldaten

Wallner-Theater 8¼ Der Schlager 8¼ Das blonde Wunder

CASINO-THEATER 8 Uhr: Neu! Ein Tag im Paradies! Neu! Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

8 Uhr Winter Garten Variete Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr Stettiner Sänger Das wundervolle Februar-Programm! Nachmittags: halbe Preise, volles Programm! Dönhoff-Brett'l Varieté, Konzert, Tanz.

Wer hat gesammelt? Vorwärts, Mitteilungsblatt, Freiheit, Republik, Rote Fahne, Kampfruf, K. A. Z. usw., auch unvollständig. Preisangebote Postlagerkarte 113, Berlin W 9.

Verkäufe

[illegible] Leistungsfähigste Spezialfabrik. Rollenwandlung 200.— Rosenthalerstraße 21.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Rockpaletots, Cutaway-Anzüge, Damenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstr. 4, erste Etage.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4. Norden 6393.

Möbel

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Starnbergerstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 80.

Unvernünftige Lebensweise bedingt Kräfteabbau.

Herzklopfen, Schlaflosigkeit, Dyspepsie, Erweiterung des Herzens, Blutarmut, Zahnfäule, Muskelschwäche, kurz: verminderte Leistungsfähigkeit haben nicht selten ihren Ursprung in dem Gift übermäßiger mineralarmer Eiweißnahrung. Wie leicht ist aber diesen Leiden vorzubeugen durch eine mit frischen Früchten durchsetzte, mineralreiche Nahrung, und wie viele dieser Krankheiten lassen sich bessern durch Fruchtbeigabe!

Esst mehr Früchte, und Ihr bleibt gesund!

Täglicher Genuß frischer Früchte ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Frische Früchte gibt es zu jeder Jahreszeit.

Das Fruchtkochbuch ist zum Preise von 25 Pfg. in allen Buchhandlungen zu haben.